



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Ansprechpartner/in: Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 28.01.2009

Beschlussprotokoll

über die **47. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses (Sondersitzung)** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 15.01.2009, 15:05 Uhr bis 17:24 Uhr, Piazzetta des Historischen Rathauses

I. Öffentlicher Teil

- 1.1. Städtebaulicher Masterplan für die Kölner Innenstadt
5681/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretungen Innenstadt, Nippes, Rodenkirchen, Lindenthal und Mülheim

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion vom 14.01.2009 gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates
AN/0017/2009
Tischvorlage

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 15.01.2009 gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates
AN/0047/2009
Tischvorlage

Vorsitzender Klipper spricht zunächst seinen Dank gegenüber dem Verein Unternehmer für die Region Köln aus, der die Erstellung bzw. die Finanzierung dieses Masterplanes ermöglicht habe. Dabei betont er das uneigennützig private Engagement des Vereins. Nachfolgend bedankt sich Herr Klipper gegenüber dem Präsidenten der IHK, Herrn Bauwens-Adenauer, welcher als Vorsitzender des Vereins die notwendige Organisation übernommen habe. Anerkennend benennt Herr Klipper die Summe von 1 Mio. Euro Spendengeldern, welche für die Erstellung des Masterplanes zusammengetragen wurden. Weiterhin bedankt sich der Vorsitzende bei Herrn Prof. Speer und seinem Büro für das vorliegende Werk, an welchem die Stadtgesellschaft im positiven Sinne „zu knabbern“ habe. Mit Blick auf die festgestellten Defizite, Interventionsräume bzw. Visionen bestehe ein großer Konsens mit der Stadtgesellschaft. Hinsichtlich der festzulegenden Prioritäten werde es sicherlich noch Diskussionen geben. Gleichsam bedankt sich Herr Klipper bei Frau Holz, welche in den verschiedenen Veranstaltungen professionell koordiniert und geleitet habe. Vorsitzender Klipper stellt die Bedeutung des städtebaulichen Masterplans als wichtigen Bestandteil für die Kölner Stadtentwicklung im Bereich des Städtebaus heraus. Der Vorsitzende geht weiterhin auf das anstehende Beratungsverfahren zum städtebaulichen Masterplan und auf den

heutigen Sitzungsablauf ein. Er hoffe, dass es in der für das Beratungsverfahren abschließenden Ratssitzung im März eine große, breite Mehrheit für den städtebaulichen Masterplan geben werde. Herr Klipper informiert, dass eine Einigung darüber erzielt worden sei, heute zunächst lediglich einen Verweisungsbeschluss und keine Beschlüsse über vorliegende Anträge zu fassen.

Frau Holz vom Büro Freischlad + Holz referiert anhand einer Powerpoint-Präsentation über das Verfahren zur Erstellung des städtebaulichen Masterplans. Dabei spricht sie ihren Dank gegenüber der Verwaltung den Teilnehmern der Werkstätten für deren aktive Unterstützung aus. Frau Holz macht zudem auf die Vorteile der entstandenen Internetpräsenz aufmerksam.

Herr Prof. Speer vom Büro AS & P geht auf das große öffentliche bzw. mediale Interesse am städtebaulichen Masterplan ein. Vor dem Hintergrund dieser Resonanz sei ebenfalls von einem entsprechend dimensionierten politischen Diskurs auszugehen. Er erhoffe sich, dass der Kölner Stadtrat Ende März einen generellen Beschluss fasse, welcher den erarbeiteten städtebaulichen Masterplan als Zielvorstellung enthalte. Eingehend auf die Entwicklung des städtebaulichen Masterplans beschreibt Herr Prof. Speer die spezielle Leistung des Masterplans damit, dass ein System entwickelt worden sei, womit in Zukunft einzelne Bereiche nach unterschiedlichen Prioritäten entwickelt werden können und dabei immer wieder zurückgeworfen werde auf ein Gesamtbild, welches die Möglichkeiten darstelle, die die Stadt Köln in der Zukunft haben werde. Herr Prof. Speer bedankt sich abschließend bei allen Beteiligten und insbesondere bei Herrn Beigeordneten Streitberger und seinen Mitarbeitern sowie dem Initiator, Herrn Bauwens-Adenauer.

Die Herren Heller und Dinter vom Büro AS & P stellen mittels einer Powerpoint-Präsentation den städtebaulichen Masterplan mit seinen sieben Interventionsräumen vor. Dabei wird die als für die weitere Bearbeitung ausschlaggebende Zielrichtung dargestellt, die vielfältigen Aktivitäten dieser Stadt künftig in ganz besondere Räume und Bereiche zu lenken und dort vertiefend zu behandeln, wodurch dann ein ganz typisches Kölner Bild bzw. eine ganz typische Kölner Innenstadt entstehen könne.

Vorsitzender Klipper dankt für die Vorträge und resümiert, dass es sich bei dem Masterplan um einen Zielplan handele; Ziele könnten verändert und variiert werden, so dass es sich hierbei nicht um einen statischen, sondern einen perspektivischen Begriff handele. Der Vorsitzende eröffnet die Fragerunde.

RM Sterck fragt unter Bezugnahme auf die zur Rede stehende Verlagerung der Fachhochschule (FH) Deutz in die Südstadt an, worin aus Sicht des Büros AS & P der Sinn liege, die erste große ins Rechtsrheinische gelegte Einrichtung wieder zurück zu verlagern. Gerichtet an die Verwaltung bittet RM Sterck um Auskunft, inwieweit die Verwaltungsvorlage im Zusammenhang mit der vorbereitenden Untersuchung zur Einrichtung eines Sanierungsgebietes zur südlichen Erweiterung des inneren Grüngürtels mit der in dem städtebaulichen Masterplan angeführten Untersuchung des Gebietes einhergehe.

Vorsitzender Klipper macht deutlich, dass es sich hier um einen Masterplan mit städtebaulichem Schwerpunkt handele, der hiesige Ausschuss jedoch über die Stadtplanung hinaus auch weitere Ziele im Bereich der Stadtentwicklung verfolge, so z. B. im Bereich Wohnen und Arbeiten, Kultur, Einkauf und Gewerbe, Verkehr. Vor diesem Hintergrund fragt Vorsitzender Klipper an, wie diese dynamischen Aspekte in die Betrachtung eingeflossen seien.

Herr Prof. Speer geht zunächst auf die wesentliche Bedeutung der Fachhochschule als Wirtschaftsfaktor für die Entwicklung von Deutz ein. Die Gesamtentwicklung der Universität Köln stelle ebenfalls ein sehr wichtiges Thema dar. In dem städtebaulichen Masterplan sei bewusst keine Empfehlung dahingehend ausgesprochen worden, ob die Fachhochschule in die Nähe zur Universität gebracht werden sollte, was sicherlich Vorteile hätte, oder ob eine getrennte Betrachtung von FH und Universität erfolgen sollte. Hierbei gehe es seiner Auffassung nach nicht nur um Fragen der räumlichen Zuordnung und des Flächenbedarfs, sondern um eine weitergehende, in die Stadtentwicklung hineinwirkende Frage. Aus diesem Grund schlage er vor, dass zu dieser Thematik im Laufe des Jahres eine intensive Auseinandersetzung unter Betrachtung aller Aspekte stattfinden sollte. Eingehend auf die Entwicklung Kölns als dynamische Metropole und den Umgang mit der Geschichte führt Herr Prof. Speer aus, dass er den Eindruck gewonnen habe, Köln sei außerordentlich dynamisch und zukunftsorientiert. In manchen Bereichen, so z. B. im Bereich der Ringe, sei seines Erachtens nach zu wenig Rücksicht auf die bedeutende Geschichte dieser Stadt genommen worden. Die Ringe sollten unter den Kriterien und Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts weiterentwickelt werden, jedoch im Wissen dessen, was dort einmal gewesen sei.

Unter Bezugnahme auf die Nachfrage von RM Sterck erklärt Beigeordneter Streitberger, dass eine „vorbereitende Untersuchung“ in der Südstadt erforderlich sei als Pflichtaufgabe zur Einrichtung eines Sanierungsgebietes; ein Sanierungsgebiet sei notwendig zur Vollendung des inneren Grüngürtels/Verlagerung des Großmarktes/Revitalisierung des Güterbahnhofs Bonntor. Da in diesem Zusammenhang wesentliche Freiräume geschaffen werden müssen, werde es einen großen Anteil unrentierlicher Kosten geben, welche auch von der Bundesrepublik Deutschland und dem Land NRW mitgetragen werden sollen. Eine „vorbereitende Untersuchung“ müsse immer einen weiteren Umgriff haben, als das spätere Sanierungsgebiet. Der zur Rede stehende Umgriff erstrecke sich von der Leipziger Straße/von dem Gelände Eifelwall bis zum Rhein. Hier werden alle Initiativen bzw. alle Untersuchungen (Südstadion, Eifelwall, Großmarkt, Dom-Gärten) in einer Untersuchung zusammengefasst; entsprechende Ziele würden unter Orientierung an dem städtebaulichen Masterplan Innenstadt formuliert. Zur Absicht des Landes NRW, die FH Deutz ins Linksrheinische umziehen zu lassen, verweist der Beigeordnete auf eine Mitteilung zur nächsten ordentlichen Ausschusssitzung. Er erachte einen vollkommenen Wegzug der Fachhochschule aus dem Rechtsrheinischen als sehr kritisch.

Vorsitzender Klipper schließt die Fragerunde und eröffnet die Runde der politischen Statements.

In einem Punkt müsse er Herrn Prof. Speer widersprechen, so der Vorsitzende, da Köln keine Ruhe brauche. Mit Verweis auf die Konkurrenz zu anderen Großstädten seien Investitionen und ein Dynamisieren notwendig. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass die im städtebaulichen Masterplan genannten Interventionsräume richtig definiert seien. Hierbei gehe es einerseits um Stadtreparatur, aber auch um Visionen, so zum Beispiel Köln als bedeutender Wirtschaftsstandort – dies sei eine der Zukunftsperspektiven der Stadt. Für seine Fraktion sei es grundsätzlich wichtig, viel mehr Dynamik in die verschiedenen Bereiche zu bringen. Zum Thema Häfen im Rechtsrheinischen sei die CDU-Fraktion der Überzeugung, dass die Stadt mit rund 450-460 km² nicht geeignet sei, in der Innenstadt Logistikflächen vorzuhalten in dem Maße, wie es vielleicht erforderlich wäre, sondern dass andere Städte bzw. Kreise eher große Flächen zur Verfügung stellen könnten, um den gesteigerten Logistikbedarf im Containerbereich zu erfüllen. Hier gehe es um das Abwägen des Nutzens bzw.

Mehrwertes für die Stadt zwischen der Logistikfläche auf der einen und einem modernen Zentrum mit Wohnen, Dienstleistung und Kultur im innerstädtischen, rechtsrheinischen Zentrum auf der anderen Seite. Grundsätzlich, so der Vorsitzende, sei er nicht der Meinung, dass für diese größeren Entwicklungen viel Zeit bleibe. Aufgrund der Konkurrenz zu den anderen Metropolen sei ein kurzfristigeres, dynamisches Handeln geboten. Eingehend auf die Prämisse der Verbesserung des öffentlichen Raumes greift Vorsitzender Klipper die Kulturdiagonale auf und betont die Wichtigkeit von Aufenthaltsqualität. Mit der Zielsetzung der Interventionsräume stimme seine Fraktion in großen Teilen überein; über die Handlungsmaxime müsse jedoch diskutiert werden. Als weiteren wichtigen Punkt führt Herr Klipper die erforderliche Vernetzung mit den Stadtvierteln an. Abschließend betont der Vorsitzende nochmals die Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren neben den baulichen Aspekten.

Im Namen ihrer Fraktion bedankt sich RM Dr. Bürgermeister bei allen Beteiligten für das umfangreiche „Regiebuch zur städtebaulichen Weiterentwicklung“. Dieses werde nicht als starres Gebilde, sondern als belastbares, flexibles Handbuch verstanden, welches nicht in der Schublade verschwinden dürfe, sondern dem Taten folgen sollen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien im Einzelnen sehr sorgfältig zu diskutieren. Es sei wünschenswert, bis zur Ratssitzung eine breite Mehrheit zu erzielen, um konkrete Maßnahmen angehen zu können. Der Verwaltungsvorlage werde ihre Fraktion trotz einzelner kritischer Punkte zustimmen. Bei der weiteren Beratung über die Vorlage sollten folgende Gremien - über die bereits vorgesehenen hinaus - beteiligt werden: Wirtschaftsausschuss, Verkehrsausschuss, Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün. Zudem bittet RM Dr. Bürgermeister darum, bis zur Ratssitzung eine Art Geschäftsordnung für die vorgesehene Lenkungsgruppe vorzulegen, in welcher Aufgaben und Zusammensetzung - einschließlich Vertreter der Verwaltung - beschrieben und benannt werden. Aus Sicht der SPD-Fraktion sollte die Lenkungsgruppe möglichst schlank sein. Weiterhin sollte die Verwaltung darstellen, wie die Durchlässigkeit der Lenkungsgruppe erreicht und die Verknüpfung mit den Entscheidungsgremien hergestellt werden kann. Ihre Fraktion sei überdies der Auffassung, dass die Zahl der Sitzungen nicht festgelegt werden, sondern nach Bedarf getagt werden sollte. Mit Verweis auf den in der Beschlussvorlage unter Ziffer 1 verwendeten Begriff „strategische Zielausrichtung“ regt RM Dr. Bürgermeister an, diesen Begriff durch „städtebauliche Zielausrichtung“ zu ersetzen. Abschließend merkt Frau Dr. Bürgermeister folgende grundsätzliche Punkte an:

- bei der Umsetzung aller Maßnahmen ist auf Nachhaltigkeit zu achten;
- der Masterplan soll als Orientierungsrahmen eine Verbindlichkeit erhalten und in das Verwaltungshandeln Eingang finden;
- bauliche Eingriffe dürfen nur mit entsprechendem Grünausgleich erfolgen;
- bei einer Verständigung auf eine Prioritätenliste muss die Flexibilität gewahrt bleiben, gegebenenfalls Maßnahmen vorziehen zu können;
- der Schwung des Masterplans soll genutzt werden, um auch eine Übertragbarkeit auf andere Stadtteile zu prüfen.

RM Moritz schließt sich den Dankesworten an und bekundet gleichzeitig ihren Respekt gegenüber der Einhaltung der Zeitvorgaben. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe heute bewusst keinen Änderungsantrag gestellt, da sie davon ausgehe, dass in diesem Wahlkampfjahr der Schwung nur dann genutzt werden kann, wenn zwischen den Fraktionen eine Einigkeit erzielt werde. Sie sei sehr zuversichtlich, dass eine konsensfähige Teilmenge gefunden und sich in einem gemeinsamen Antrag äußern werde. Am Beispiel der Stadt Duisburg stelle sie sich auch für Köln vor, dass nach der Annahme des Masterplans mit den Maßnahmen begonnen werde, über die Konsens bestehe. Aus ihrer Sicht sollten jetzt unbedingt Maßnahmen eingeleitet wer-

den. Auch erachte sie die zuvor beschriebene Flexibilität im Bezug auf das Vorziehen anderer Maßnahmen als wichtig. Nachfolgend greift RM Moritz die seitens der Verwaltung in Anlage 1 der Beschlussvorlage aufgeführten, kurzfristig umzusetzenden Maßnahmen auf. Zum Ebertplatz bestünde Einigkeit, dem Vorschlag des Büros AS& P könne zugestimmt werden. Jedoch sollte dies nicht – wie von CDU und FDP gefordert – an die Bedingung einer Quartiersgarage geknüpft werden. Der für den Barbarossaplatz vorgeschlagenen Variante könne sich ihre Fraktion anschließen. Die diesbezüglichen Planungen könnten kurzfristig angegangen werden, um in einem überschaubaren Zeitraum zu einem Ergebnis zu kommen. Sofern, wie von CDU und FDP angestrebt, die Tieferlegung der Ringbahn anvisiert werde, könne allerdings nicht mit einer Umsetzung im Zeitraum 0-5 Jahre, vermutlich auch nicht im Zeitraum bis 10 Jahren gerechnet werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spreche sich im Übrigen klar gegen eine Tieferlegung der Ringbahn aus. Den Neumarkt aufgreifend verweist RM Moritz auf die Machbarkeitsstudie aus den 80er Jahren, welche auch die Trennung der Verkehre beinhaltete; diese müsse ihres Erachtens nur auf die bestehenden – u. a. verkehrlichen – Gegebenheiten aktualisiert werden. Als kritisch erachte sie die Tatsache, dass bei den Planungen der Baumbestand gefällt werden müsse. Unabhängig davon habe unbedingt kurzfristig eine Gleisbettverschönerung auf der Cäcilienstraße und die Realisierung einer großzügigen Fußgängerquerung vor dem neuen Museum zu erfolgen. RM Moritz erachtet es als wichtig, Maßnahmen anzugehen, die man dieses Jahr noch sehen könne. Als Beispiel führt sie die Maßnahme Tiefkai im Kunitbertsviertel an. Die Bebauung des rechtsrheinischen Brückenkopfes sollte aus den kurzfristigen Maßnahmen herausgenommen und an die Bedingung geknüpft werden, einen nach Deutz/ von der Brücke abgewandten inneren grünen Stadtplatz zu schaffen. Die vorbereitende Untersuchung zum inneren Grüngürtel finde die Zustimmung ihrer Fraktion. Unter Bezugnahme auf die Diskussion zur Verlagerung der Fachhochschule Deutz sollten ihres Erachtens zunächst die Anforderungen des Landes vorliegen. Denkbar sei ihrer Einschätzung nach die Kombination bzw. öffentliche Partnerschaft einer städtischen Bildungslandschaft von Berufsfachschulen und Fachoberschulen mit einem Landesträger, welcher eine Fachhochschule betreibe mit einem ähnlichen naturwissenschaftlich-technischem Schwerpunkt.

RM Sterck schließt sich dem Dank und den positiven Grundaussagen seiner Vorredner an. Als Schwäche des Masterplans sieht Herr Sterck das Fehlen einer Aussage zu dem weiteren Umgang mit unterirdischen Lösungen. Die empfohlene Ruhe nach Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn werde zudem automatisch einkehren. RM Sterck zeigt sich hinsichtlich einer breiten Mehrheit gegenüber dem Masterplan bzw. der Vorlage – allerdings mit Modifizierungen – optimistisch. Mit Verweis auf den vorliegenden Änderungsantrag seiner Fraktion erklärt Herr Sterck, dass die Vorlage nach seiner Auffassung zu dünn sei und die 15 angeführten Punkte Ergänzungen zum Verfahren darstellen. RM Sterck geht kurz auf die einzelnen Punkte ein.

Für die Fraktion Die Linke.Köln erteilt RM Detjen die Zustimmung zu den Zielvorstellungen des Masterplanes. Den privaten Förderweg erachte er jedoch als generell nicht richtig. Auch sollten der Lenkungsgruppe nicht privatwirtschaftliche Sponsoren angehören. Seine Fraktion sehe das Erfordernis eines Industriebahnhofs in der Innenstadt und spreche sich für einen Verbleib der Fachhochschule in Deutz aus. Im Übrigen werde sich seine Fraktion gerne an der Umsetzung des Masterplanes beteiligen; sie warne jedoch davor, zu kurzfristige Entscheidungen zu treffen.

Vorsitzender Klipper stellt zum Schluss nochmals den Wunsch nach einer breiten Mehrheit bei der abschließenden Beschlussfassung durch den Rat fest. Danach lässt er über die Verweisung der Vorlage und der Anträge in die in der Vorlage aufgeführten

Gremien zuzüglich des Wirtschaftsausschusses, des Verkehrsausschusses, des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün und der Bezirksvertretung Ehrenfeld abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage **mit den Anträgen und Anmerkungen** zur Anhörung in die Bezirksvertretungen Innenstadt, Rodenkirchen, Lindenthal, **Ehrenfeld**, Nippes und Mülheim **sowie in den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün und in den Verkehrsausschuss.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.